

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauhaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 19888.

Inserate kosten die 7spaltige Pettzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschritt 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilkauflage 6.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Friedensinterpellation im Unterhaus.

Ein Satyrspiel.

In einer sorgfältig gestickten und vor „unzuverlässigen“ Elementen streng behüteten Versammlung im Lehrervereinshaus zu Berlin machte Philipp Scheidemann am 26. Juli neue Offenbarungen über die politische Lage und die Taktik seiner Partei.

Nach dem kläglichen Bankrott der Regierungssozialisten im Reichstag, der bereits zu Ausbrüchen heftiger Unzufriedenheit in den Reihen der Mehrheitsanhänger geführt hat, gehörte wahrlich ein besonderes — Mit dazu, um vor der Öffentlichkeit mit der Wiege des Siegers aufzutreten. Philipp Scheidemann brachte diesen Mut auf und sang ein Loblied auf die sieggekürzte Taktik seiner Partei.

Auf Taktik, die seinen Standpunkt rechtfertigten, konnte er freilich nicht hinweisen. Dafür trübte er seine bedauerndwerte Zuhörerschaft mit dem Hinweis, vieles, was von seiner Fraktion im Reichstag vorgebracht wurde, könne leider noch nicht veröffentlicht werden. „Aber es sind mannhafte Worte gefallen!“

Nach diesem traurigen Trost begann der Hauptabschnitt des Satyrspiels: In einem und demselben Atemzuge begrüßte Scheidemann die russische Revolution und benutzte er die russische Niederlage in Gallien zur Rechtfertigung der Mehrheitspolitik, die uns vor dem „Verhängnis“ der Revolution bewahrt habe!

Man muß schon den Wortlaut dieser Ausführungen — wie ihn der Vorwärts wiedergibt — genießen, um das Niveau des selbstgefälligen daherschreitenden Führers der Mehrheitspartei zu würdigen.

Im Osten ist ein kritisches Stadium eingetreten. Wir müssen uns gegen Rußland, solange es unser Feind bleibt, schützen; wir wollen aber nicht, daß das Werk der Revolution zugrunde geht. Durchbare Leiden verhängt der regellose Mord über die Massen der russischen Soldaten. Und die sozialistische Reaktion Rußlands ist eine andere sozialistische Richtung, den Maximalisten, an diesem ungeheuren Unglück die Schuld. Denken Sie sich, ein solches Unglück wäre der deutschen Armee widerfahren und die Regierung könnte das auf das Schulkonto einer sozialistischen Partei in Deutschland legen! Hier haben Sie den Schlüssel zum Verständnis unserer Haltung! Wäre bei uns etwas Ähnliches geschehen, so wäre es der Untergang Deutschlands gewesen und zugleich der Untergang der deutschen Sozialdemokratie. Das wollen wir nicht. Und so glauben wir, unser Volk und dem Sozialismus am besten gedient zu haben. In Rußland aber ist aus dem Bruder Streit der Sozialisten Bruder-mord geworden. Das soll uns eine Warnung sein.

Die russischen Genossen werden jetzt auch vielleicht verstehen, warum wir ihrem Rat nicht folgten, ihnen ihre Revolution nachzumachen. Sie werden jetzt vielleicht begreifen, daß wir dem deutschen Volke nicht das Schicksal bereiten wollten, das jetzt das russische zu tragen hat. Wir müssen auf andern Wegen zur Demokratie gelangen, und wir sind schon auf ihnen. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß wir nach dem Kriege das gleiche Wahlrecht in Preußen und das parlamentarische System haben werden. Aber es ist ein Unglück, daß wir das nicht schon jetzt haben. Kommt der Krieg nicht bald zum Abschluß, dann wird sich noch während seines Verlaufes eine gefährliche Demokratisierung vollziehen. Erschütterungen wie in Rußland sollen uns dabei erspart bleiben und werden uns erspart bleiben, wenn überall der Wille herrscht, im rechten Augenblick das Notwendige zu tun. Recht befinden wir uns in einem Übergangsstadium.

Hier haben wir also ein ganz neuartiges Argument zur Rechtfertigung der Haltung der Mehrheitspartei und ihrer Bedientenrolle der Regierung gegenüber. Weil Kerenski, mitgerissen von seiner schlechtesten Offensivpolitik, den noch größeren Fehler beging; die militärische Niederlage in Gallien einzig und allein der Propaganda der Bolschewiki zuzuschreiben, haben alle diejenigen unrecht, die seit fast drei Jahren den Verzicht der Mehrheitspartei in Deutschland auf eine selbständige sozialistische Politik kritisiert und bekämpft haben! Denn — so argumentiert Scheidemann —, wäre in Deutschland Nehuliches geschehen, wie jetzt an der russischen Front, so wäre es „der Untergang Deutschlands gewesen und zugleich der Untergang der deutschen Sozialdemokratie“.

Diese Argumentation ist im Grunde nichts weiter als ein ganz gewöhnlicher Tafschenpokertrick. Zwei Punkte einer Tatsachenreihe, die in keinem direkten Zusammenhang stehen, werden herangezogen, miteinander vortropelt und dem verwirrten Zuhörer als Ursache und Wirkung vor Augen geführt. Einmal angenommen, die Propaganda der Bolschewiki hätte am Ende des dritten Kriegsjahres, auf dem Boden der allgemeinen Kriegsmüdigkeit und unbehinderten Friedensnegation im Volk und in der Armee stellenweise zu einer Zermürbung der russischen Front beigetragen — worüber sich noch Verschiedenes sagen ließe —, würde daraus folgen, daß alle diejenigen im Unrecht sind, die seit Beginn des Krieges auf das Verhängnisvolle einer Taktik hingewiesen haben, die einer sozialistischen Partei die politische Verantwortung

für den Krieg auferlegt und ihrer Friedensarbeit die größten Hemmnisse in den Weg legt?! Sicherlich nicht!

„Hier haben Sie den Schlüssel zum Verständnis unserer Haltung!“ rief Scheidemann pathetisch aus. Diese Worte sind in der Tat ein Schlüssel zum Verständnis der Mehrheitspolitik, denn sie laufen darauf hinaus, daß diese Politik unter allen Umständen den Krieg materiell und moralisch unterstützt, damit sie bei einem etwaigen Mißerfolg von den Gegnern nicht der Mitschuld geziehen werden kann. Auf derselben Höhe der Beweislösung steht die Antwort Scheidemanns an die Russen, weshalb er ihren Rat nicht befolgen konnte, „ihnen ihre Revolution nachzumachen“. Der gute Mann will nämlich dem deutschen Volk das „Schicksal“ ersparen, das jetzt das russische zu tragen habe. Das verstehe, wer will! Bisher flossen die Mehrheitsleiter in ihrer Presse und ihren Reden daheim und in Stockholm vor Begeisterung für die „storreiche russische Revolution“ über. Ja, Herr Scheidemann erklärte sich sogar — allerdings unter Vorbehalt — im Reichstag mit der Revolution zu dröhen. Und heute? Heute will Scheidemann zwar nicht, daß „das Werk der Revolution zugrunde geht“, er zittert aber bei dem Gedanken, daß dem deutschen Volke das „Schicksal“ einer Revolution zuteil werden könnte. Das ist genau das selbe, was der Vorwärts in den ersten Wochen nach der russischen Revolution, als die Anbiederungstaktik des Parteivorstandes noch nicht perfekt war, gewerfend schrieb, daß deutsche Volk, das an politischer Einsicht über dem russischen stehe, könne sich nicht dem „Luxus“ innerer Kämpfe während des Krieges erlauben, zumal noch nicht feststehe, ob das russische Volk durch die Revolution seine Lage verbessert habe.

Vor diesem „Luxus“ warnt im Grunde heute noch Scheidemann, indem er dreist und gotteslästerlich erklärt, wir müßten „auf andern Wegen“ wie die Russen zur Demokratie gelangen, und wir seien schon auf ihnen! Es gehört wahrlich ein Glaube, der Berge versetzen kann, dazu, um diese Worte ernst zu nehmen. Dafür empfängt man aber von Scheidemann die Zusicherung, daß uns Erschütterungen wie in Rußland erspart bleiben werden — „wenn überall der Wille herrscht, im rechten Augenblick das Notwendige zu tun“. Was wenn nicht?

Damit könnten wir den Schlüsselpunkt unter die Scheidemannschen Offenbarungen setzen, wenn nicht noch ein besonders symptomatischer Zug seiner „Politik“ zu registrieren wäre. Das ist sein Hinweis darauf, daß er seine Hoffnung auf den Frieden nicht auf die Maximalisten, d. h. die Bolschewiki, sondern auf die „jetzt regierenden Maximalisten“, auf die russischen Sozialpatrioten setze. Wir sehen davon ab, daß die jetzt am Ruder befindlichen russischen Genossen nur zu einem Teil als sozialpatriotisch bezeichnet werden können. Wir registrieren es aber als ein Zeichen ungeheurer Selbstlosigkeit, daß Scheidemann gerade denjenigen russischen Genossen seine Liebe anträgt, die seine Politik stets am heftigsten kritisiert und sein Stockholmer Memorandum in Grund und Boden verurteilt haben.

Wir sind nur gespannt auf seine nächsten Offenbarungen und seine nächste Liebeserklärung nach Rußland hin — wenn die Machtverhältnisse dort eine Verschiebung erfahren sollten.

Eine Friedensdebatte im englischen Unterhaus.

Am Donnerstag wurde im englischen Unterhaus über die von Macdonald und Trevelyan eingebrachte Resolution verhandelt. Der Reuterbericht teilt nichts darüber mit, was die Interpellation zur Begründung angeführt haben. Wir erfahren nur die Ausführungen der Vertreter der Mehrheit und der Regierung. Asquith, der frühere Premierminister, erklärte, seiner Meinung nach legten Macdonald und Trevelyan der Entschliessung des deutschen Reichstags mehr Wichtigkeit bei als sie verdiene. Das höchste Interesse liege auf dem Frieden, aber es müsse ein Frieden sein, für den die großen Nationen in den Krieg eingetreten seien. Er sei erfreut, daß zeitig im Herbst auf Einladung Rußlands eine Konferenz abgehalten werde. Eine neue Erklärung über die Kriegsziele der Alliierten werde notwendig sein, weil zwei neue Tatsachen aufgetaucht seien, erstens, weil Rußland keine autoritative Macht mehr sei, und zweitens, daß die Vereinigten Staaten mit all ihren moralischen und materiellen Hilfsquellen auf den Plan getreten seien. Diese beiden Tatsachen bedeuteten, daß die alliierten Mächte aus einer überwältigenden Mehrheit der freien Völker der Welt beständen. Asquith fuhr fort:

Die Alliierten kämpfen nur für die Freiheit und für Bedingungen, die nur die Freiheit gelten lassen. Bei jeder Neugetal-

lung der Landkarte muß der leitende Grundsatz auf den Interessen und Wünschen der durch die Änderung berührten Bevölkerung beruhen. Ist Deutschland bereit, nicht nur Belgien zu räumen, sondern auch das gewaltige Unrecht und den Schaden voll wieder gut zu machen, von dem seine verwüstende Besetzung des Landes und die Verflourung eines großen Teils der Bevölkerung begleitet war? Ist Deutschland bereit, Belgien nicht nur einen Schein von Freiheit zurückzugeben, sondern vollständige, unbeschränkte und unbedingte Unabhängigkeit? (Beifall.) Ich möchte Deutschlands Antwort auf diese Frage hören. Ich kann in der ungenauen, unbestimmten Formel des Reichstags keine Antwort finden. Ich möchte nicht sagen, daß der Friede unmöglich ist, aber aus dem, was Mirbach in Berlin vorgegangen ist, kann ich keine wirkliche Annäherung wesentlicher Art an die Ziele und Zwecke der Alliierten erblicken.

Asquith schloß, daß die Last des Krieges erst abgeworfen werden könne, wenn die Alliierten sicher seien, daß ihre Ziele erreicht würden.

Wardle, der Vorsitzende der Arbeiterpartei, erklärte seine Übereinstimmung mit Asquiths Worten. Im ganzen Lande herrsche ein wirklicher Wunsch nach Frieden, aber dieser Wunsch müsse sich nicht auf die Entschliessung des Reichstags, sondern auf die Erreichung der Ziele, für die England in den Krieg eingetreten sei. Die Entschliessung, die die französische Kammer im vergangenen Monat angenommen habe, gebe eine endgültige und klare Antwort auf die Entschliessung des Reichstags. Der Ursprung des Krieges dürfe nicht vergessen werden. Bei der deutschen sozialistischen Mehrheit bestände nicht der Wunsch, zu einer Verständigung zu gelangen, wie sie die Befürworter der Entschliessung angeregt hätten. Die Arbeiter des Landes seien unbedingt zum Siege entschlossen.

Bonar Law, als Vertreter der Regierung, erklärte, wenn der deutsche Militarismus triumphiere, würden die Mittelmächte das alte System in der Welt wieder herstellen. Was sei mit der Freiheit der Meere in der Entschliessung des Reichstags gemeint? Was nütze die Entschliessung einer Körperschaft, die nicht die geringste Macht habe? Nachdem er die Rede des Kanzlers angeführt hatte, fuhr Bonar Law fort:

Wir haben bereits unsere Ziele erklärt. Deutschland hat niemals etwas dergleichen getan, weil es durchschaut werden würde, sobald die Bedingungen schwarz auf weiß niedergeschrieben würden. Das in Rußland vorging, hat die Lage sehr verändert. Die Lage war gefährlich, aber es soll kein Irrtum darüber bestehen, daß die Hilfsquellen Großbritanniens und seiner Alliierten ausreichen, um es ganz sicher zu machen, daß wir, wenn wir nicht den Krieg verlieren, die Ergebnisse erreichen werden, für die wir in den Krieg eingetreten sind und von denen die Zukunft der Welt abhängt. In Wiederholung der britischen Kriegsziele sagte Bonar Law: Wir kämpfen nicht nur für unsere eigene Freiheit, sondern auch für die Rechte anderer Nationen, außer Deutschland, auf ihre eigene Art zu leben. Wir kämpfen ferner, um die Deutschen aus Belgien herauszutreiben, wo sie nicht nur im Widerspruch zu den Verträgen eingedrungen sind, sondern gleichzeitig auch mit einem Mord von Schrecken, wie ihn Europa seit dem dreißigjährigen Kriege nicht gesehen hat, und den man für unmöglich gehalten hätte, ehe dieser Krieg begann. Wir kämpfen, um Wiederherstellung zu erlangen, soweit für die grausamen und unverbildeten Missetaten, die die Deutschen am belgischen Hofe begingen, noch Wiederherstellung möglich ist. Es ist das Gleiche mit Nordfrankreich.

Bonar Law führte weiter aus, daß die Formel: Keine Annexionen nicht bedeute, daß das mit Gewalt Frankreich eritrene Elsaß-Lothringen auch weiterhin mit Gewalt als ein Teil des Deutschen Reiches gehalten werden solle. Habe es einen Friedensvorschlag im Reichstage gegeben, solange der Krieg zuungunsten Deutschlands zu verlaufen schien? Dies sei erst geschehen, als es zutage getreten sei, daß Deutschland geschlagen werden würde. Zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke bestiehe ein großer Unterschied, aber beide seien dazu gekommen, den Krieg als einen erfolgreichen zu betrachten. Das deutsche Volk müsse überzeugt werden, daß der Krieg sich nicht bezahlt mache, und daß seine Größe und seine Entwicklung auf andern Wegen gefunden werden müsse als dadurch, daß die Welt in einen Krieg gestürzt würde. Das beste Mittel, um die Erfüllung der in der Reichstagsentschliessung zum Ausdruck gebrachten Ansichten zu erreichen, bestände darin, daß die Alliierten fort kämpften, bis sie ihr Ziel erreicht hätten.

Die Entschliessung Macdonalds wurde daraufhin mit 148 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Der höchst unerfreuliche Ausgang der Debatte kann den nicht überraschen, der sich über die großen Mängel der Friedensresolution des Reichstagsmehrheit von vornherein klar gewesen ist. Die Kritik, die wir an ihr geübt haben und an der Reichstagsmehrheit, die die Bedeutung des Beschlusses noch tiefer herabgedrückt hat, als er